

RECHTSFORUM

01-2023

**Informationen des Landesarbeitskreises
Christlich-Demokratischer Juristen (LACDJ)
der CDU Baden-Württemberg**



LACDJ

EDITORIAL

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde des LACDJ,

hinter uns liegt ein Jahr der Krisen und Videokonferenzen.

Die Coronapandemie, der Krieg in der Ukraine, die Inflation und die Energiekrise haben das Leben in Deutschland geprägt. Und dazu kommt eine Bundesregierung, die unsere Werte mit Füßen tritt und nur ihrer Ideologie folgt. Zurzeit kommen so viele Flüchtlinge nach Deutschland wie noch nie. Die Migrationspolitik der Ampel-Regierung ist sozialer Sprengstoff. Arm trotz Arbeit - immer häufiger ist das die Realität in Deutschland. Wir brauchen eine bessere Kontrolle bei der Einreise und verstärkte Abschiebung von Ausländern, die kein Bleiberecht haben.

In der Videokonferenz am 22. März 2022 mit Rainer Wieland, MdEP und Vizepräsident des Europäischen Parlaments, haben wir betont, dass wir die wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China und Russland reduzieren müssten. Die Lieferengpässe in vielen Bereichen haben gezeigt, dass wir verstärkt auf die Produktion in der EU setzen müssen. Engpässe bei Arzneimitteln kann und darf es in Deutschland nicht geben.

Gleichzeitig droht Deutschland eine Deindustrialisierung. Das Münchner ifo-Institut rechnet damit, dass (große) deutsche Unternehmen ihre Produktion langfristig ins Ausland verlagern werden. Gleichzeitig ziehen sich ausländische Investoren zunehmend aus dem „Hochsteuerland“ zurück. Wir dürfen über den Bürokratieabbau und die Digitalisierung nicht nur reden. Wir müssen endlich handeln.

Nach den Übergriffen auf Einsatzkräfte von Feuerwehr, Rettungsdiensten und Polizei in der Silvesternacht fordern viele ein Böllerverbot. Diese Forderung ist zwar verständlich. Aber wollen wir wirklich die vielen friedlich Feiernden mit einem Verbot belegen, wollen wir wirklich die Freiheitsrechte der Bürger weiter einschränken? Straftaten gegen Einsatzkräfte sind nicht auf die Silvesternacht beschränkt, sie gehören inzwischen zum Alltag. Der LACDJ hat schon vor Jahren auf dieses Problem hingewiesen und eine Verschärfung des Strafrechts gefordert. Bei der CDU-Fraktion in Berlin sind wir damit abgeblitzt. Im LACDJ werden wir uns mit der Frage beschäftigen müssen, wie

Polizei und Justiz diesen Angriffen, die sich gezielt gegen unsere staatliche Grundordnung richten, effizient und nachhaltig begegnen können. Dabei muss auch die Ausweisung nach dem Aufenthaltsgesetz in den Blick genommen werden.

Abschließend bedanke ich mich bei Ihnen allen für die tatkräftige Unterstützung im letzten Jahr sehr herzlich und freue mich auf interessante Veranstaltungen im Neuen Jahr, bei denen wir uns wieder persönlich begegnen werden.

Mit herzlichen Grüßen,



Ihr Dr. Alexander Ganter

Vorsitzender des LACDJ Baden-Württemberg

9. Februar 2022

CDU-Juristen im Gespräch mit Minister Strobl

Mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg und dem Parteivorsitzenden der CDU im Ländle, Innenminister Thomas Strobl traf sich der Landesarbeitskreis der christlich-demokratischen Juristen der CDU Baden-Württemberg (LACDJ) in einer Videokonferenz. Der Landesvorsitzende des LACDJ, Dr. Alexander Ganter sprach zu Beginn die Notwendigkeit zur Erneuerung der CDU Baden-Württemberg an und berichtete aus der Zukunftskommission, die vom Landesverband hierzu eingerichtet wurde.

Innenminister Thomas Strobl richtete den Fokus vor allem in die Zukunft. Die Kommission solle vor allem Vorschläge erarbeiten, was besser werden könne. Die CDU Baden-Württemberg habe auch auf Bundesebene bereits Erneuerungskraft gezeigt, indem die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms bis 2024 geplant sei. Für Strobl sei die beste Empfehlung für die CDU, dass sie gut regieren und Geschlossenheit zeigen solle.

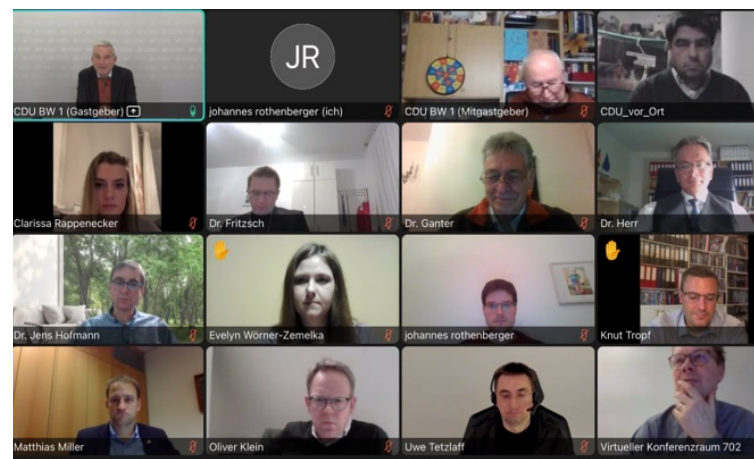
Der Innenminister berichtete von den aktuellen politischen Herausforderungen mit dem Umgang mit den selbstbezeichneten Spaziergängern, die seiner Ansicht nach ganz klar Demonstranten seien, die zumeist keine Genehmigung für die Demo hätten. Die Teilnehmer setzten sich zusammen aus einem sehr bunten Publikum: besorgte Bürger bis hin zu Reichsbürgern und Extremisten jeglicher Couleur. Für die Polizei sei es nicht einfach, mit den vielen Demos umzugehen. Alleine montags seien 3000 Beamte im Einsatz. Man versuche im Spannungsfeld zwischen Grundrechten und dem Schutz der Bevölkerung und der Einhaltung der Corona-Maßnahmen deeskalierend zu wirken. Das gelinge meist sehr gut. Gewalttäter würden natürlich ganz klar verfolgt.

Die stellvertretende Landesvorsitzende des LACDJ Evelyn Wörner-Zemelka berichtete von Telegram – Einträgen der Demonstranten, die Sonntagsspaziergänge alleine deshalb machen, um gezielt Polizisten aus ihren Familien am Sonntag herauszureißen. Strobl stellte klar, dass das Internet kein rechtsfreier Raum

sei und Straftaten dort ebenfalls verfolgt würden. Die derzeitigen Einsätze könnten die Polizisten durch flexibles Kräftenmanagement und Konzentration auf die Hotspots leisten. Dr. Hans Jörg Städtler-Pernice, ebenfalls stellvertretender Landesvorsitzender wies auf die enge Personaldecke in der Justiz hin und bat auch darum die Sicherheit der Justizmitarbeiter zu verbessern. Der stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Uttam Das verdeutlichte, wie wichtig die Durchführung von Abschiebungen sei.

Innenminister Strobl stellte klar, dass der Sonderstab gefährliche Ausländer auf jeden Fall nicht abgeschafft würde. Er wolle auch kein Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, das der Polizei die Beweislast auferlegt, wie es in Berlin der Fall sei. Er plane ein Gesetz, das das Vertrauensverhältnis zwischen Polizei und Bürgern stärkt. Bürger müssen in ihren Rechten geschützt sein, und es könne auch nicht sein, dass Staatsvertreter immer gefährlicher leben. Gerade der Amoklauf bei Freiburg gegen einen Polizisten habe gezeigt, wie offen Hetze gegen die Polizei gemacht würde. Im Internet sei regelrecht ein Shitstorm gegen den Polizisten entstanden, der zum Glück außer Lebensgefahr sei. Nur die CDU könne hier klare Kante zeigen und das gesellschaftliche Klima entschärfen.

Strobl zog als Fazit, dass die CDU-Ministerien bei Wirtschaft, Landwirtschaft, Justiz, Innen und Landesentwicklung Akzente setzen könnten. Die Regierungsverantwortung sei wichtig für uns als CDU in the Länd. Die CDU kann Politik durchsetzen und sei nicht unterwürfig.



2022:

LACDJ fordert an der Identitätsklärung und der Passpflicht von Ausländern festzuhalten

Die neue Bundesregierung möchte in der Migrationspolitik neue Akzente setzen. Zum Beispiel heißt es im Koalitionsvertrag der Regierungsfractionen:

„Wir werden die Klärung der Identität einer Ausländerin oder eines Ausländers um die Möglichkeit, eine Versicherung an Eides statt abzugeben, erweitern und werden hierzu eine gesetzliche Regelung im Ausländerrecht schaffen.“

Diese von der Ampel-Regierung geplante Rechtsänderung ist nicht akzeptabel. Sie berührt ein grundlegendes Sicherheitsinteresse des Staates. Ein Staat sollte wissen, wer sich auf seinem Territorium aufhält, insbesondere um seiner verfassungsrechtlichen Verpflichtung zum Schutz seiner Staatsbürger nachkommen zu können. Wenn die Pläne der Ampel-Regierung umgesetzt werden und die Identitätsklärung mittels Versicherung an Eides statt ins Belieben der Ausländer gestellt wird, würde die aus Sicherheitsgründen unbedingt erforderliche Passpflicht für Ausländer bis zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt und ein hoher Anreiz geschaffen, illegal in die Bundesrepublik einzureisen und keine Identitätsdokumente vorzulegen.

Konkret absehbare Folge des Vorhabens der Ampel-Regierung ist, dass Ausländer ein Aufenthaltsrecht und in der Folge die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten können, deren Identität nicht geklärt ist und die unter Umständen ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen. Ausländer, die aufgrund der selbst erklärten Identität ein Aufenthaltsrecht erhalten und straffällig werden, könnten nicht mehr in ihren Herkunftsstaat abgeschoben werden, da kein Nationalpass des Herkunftslandes vorliegt, der völkerrechtlich gegenüber dem Herkunftsland die Garantie beinhaltet, den Inhaber zurückzunehmen.

Die Klärung der Identität von Ausländern, die ohne ein Visumverfahren zu durchlaufen ins Bundesgebiet einreisen, ist ein sehr wichtiger Punkt bei der künftigen Gestaltung der Migrationspolitik. Die Steuerung und Kontrolle der Zuwanderung aber auch das Aufnahmesystem für schutzberechtigte Ausländer kann nur funktionieren, wenn bei illegal eingereisten Ausländern deren Identität

zweifelsfrei geklärt und – falls kein Bleiberecht besteht – die Ausreisepflicht durchgesetzt werden kann. Eine ungeklärte Identität bzw. ein fehlender Reisepass sind das Haupthindernis bei der Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer. Derzeit können mehr als 40% aller in Deutschland lebenden ausreisepflichtigen Personen aufgrund deren ungeklärter Identität nicht abgeschoben werden. **Da im Jahr 2020 der Anteil der Asylersuchenden ohne Identitätsdokumente bei 51,8 % lag, ist zu erwarten, dass auch künftig die Zahl der abgelehnten und somit ausreisepflichtigen Asylbewerber ohne Reisepass steigen wird.**

Neujahrsempfang der Süd-Staaten

Zu ihrem ersten Neujahrsempfang in Form einer Videokonferenz trafen sich die Mitglieder der Süd-Staaten am 28. Februar 2022.

Die Idee dazu kam von Dr. Ulli Meyer aus dem Saarland. Die Umsetzung hatte Hartmut Honka aus Hessen übernommen.

Prof. Dr. Günter Krings, MdB, der Vorsitzende des BACDJ, berichtete vor über 30 Teilnehmern über aktuelle Fragen der Bundespolitik. Im Vordergrund stand der Krieg in der Ukraine. Man war sich einig, dass die Sparmaßnahmen der letzten Jahre in der Verteidigungspolitik nun mit großer Anstrengung kompensiert werden müssen. Kontrovers wurde in diesem Zusammenhang auch die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder einer allgemeinen Dienstpflicht diskutiert.

Heftig kritisiert wurden die Pläne der Ampel, § 219a StGB abzuschaffen. Dabei stand die Befürchtung im Raum, dass das gesamte Abtreibungsrecht in untragbarer Weise geändert werden könnte.

Auch die von der Ampel in den Blick genommene Einführung eines Grundrechts für Kinder wurde einhellig abgelehnt. Man könne die Gesellschaft nicht in mehrere Gruppierungen spalten.

Es gehe nicht an, eine „staatliche Hoheit über die Kinderbetten“ zu statuieren.

Auf die Frage, wie der Bürger die Gerichte sehe,

wurde insbesondere die lange Verfahrensdauer angesprochen, die weitere Reformen im Verfahrensrecht erforderlich mache.

Weitere Einzelheiten will man beim für Juli 2022 geplanten Süd-Staatentreffen in Hessen besprechen.

22. März 2022

CDU-Juristen und CDU-Polizisten im Gespräch mit dem Vizepräsidenten Europäischen Parlaments Rainer Wieland

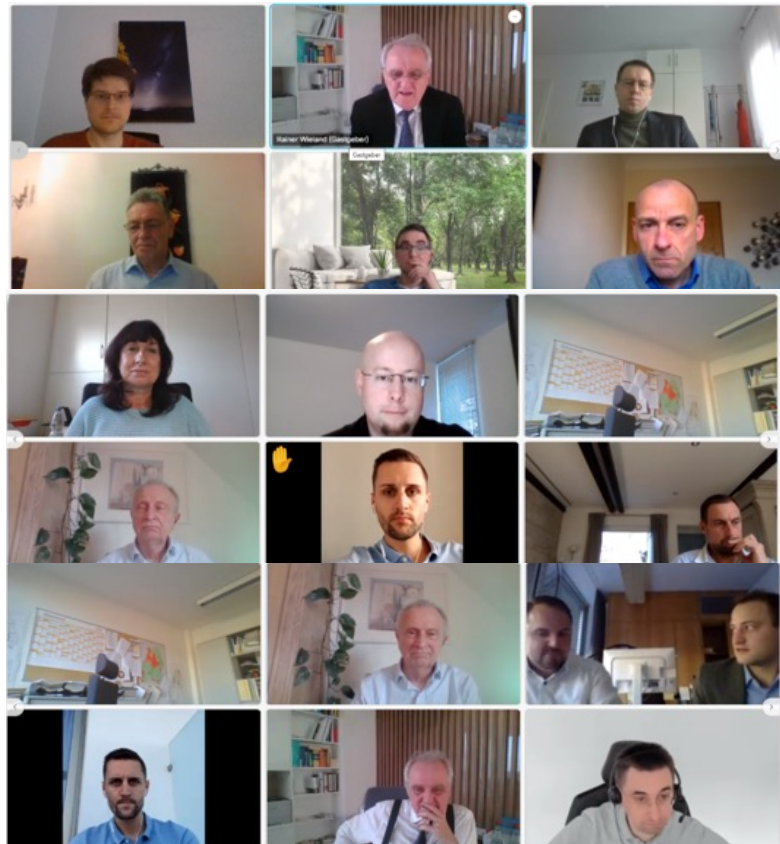
Zwei Landesarbeitskreise der CDU Baden-Württemberg, der Arbeitskreis Polizei und der Arbeitskreis der christlich-demokratischen Juristen (LACDJ) diskutierten mit Rainer Wieland, MdEP und Vizepräsident des Europäischen Parlaments, in einer gemeinsamen Videokonferenz zur aktuellen Situation in der Ukraine und zur Migrationspolitik der Europäischen Union.

Der Landesvorsitzende des LACDJ, Dr. Alexander Ganter, nahm in seiner Begrüßung Bezug auf die aktuelle Situation in der Ukraine und die daraus entstehende Flüchtlingsbewegung. Der Vizepräsident des Europaparlaments, Europaabgeordneter Rainer Wieland, ordnete den Konflikt in der Ukraine in einer globalen Situation ein. Es sei viel Vertrauen in Russland verloren gegangen. Die Ukraine produziere nicht nur Nahrungsmittel für 600 Millionen Menschen und sei ein wichtiger Rohstofflieferant, sondern die Ukraine verteidige ein Stück weit auch unsere Lebensweise. Die Konsequenz sei, dass wir die wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China und Russland reduzieren müssten.

Der Landesvorsitzende des Arbeitskreises Polizei Rainer Staib betonte die Wichtigkeit, dass Flüchtlinge an der EU-Außengrenze registriert und identifiziert werden müssen. Er wünsche sich auch eine klare Aussage, dass eine Grenze auch kontrollierbar sei. Der Europaabgeordnete Wieland forderte den Aufbau eines einheitlichen europäischen Grenzschutzes durch Frontex. Damit wären einheitliche Standards möglich und ein schnelleres klares einheitliches Agieren ohne lange Entscheidungswege oder Abstimmungsverfahren. Die Möglichkeit, Flüchtlinge nach Ausweispapieren

zu durchsuchen, sah Wieland nicht als den favorisierten Weg an. Lieber solle man Anreize schaffen, dass jemand, der sich ausweist, im ganzen Verfahren immer bessergestellt würde, beispielsweise sich aussuchen dürfe, in welchem Mitgliedsstaat er aufgenommen werden solle. Auch ein Festhalten der einmal angegebenen Identität helfe, denn so könne nicht nach Belieben die Identität oder das Herkunftsland geändert werden. Schließlich ermunterte Wieland, wir seien nun im Bund in der Opposition. Auf diese Aufgabe müssten wir uns einstellen und auch mal weitergedachte Ziele benennen und einfordern.

Die beiden Landesvorsitzenden, Dr. Alexander Ganter und Rainer Staib, freuten sich über die rege Diskussion auch zur Stärkung des Rechtsstaats in Europa und die Problematik der Vereinheitlichung europäischer Schulden. Ebenso freuten sie sich auch über die Teilnahme der beiden Landtagsabgeordneten Christian Gehring und Dr. Matthias Miller. Abschließend waren sich die beiden Landesvorsitzenden einig, dass man zukünftig gelegentlich gemeinsame Veranstaltungen anbieten wolle.



13. April 2022

CDU-Juristen und CDU-Polizisten im Gespräch mit Alexander Throm MdB

Mit dem innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundestagsabgeordneter Alexander Throm, sprachen die beiden Arbeitskreise der CDU Baden-Württemberg, der Arbeitskreis Polizei (AKPol) und der Arbeitskreis der christlich-demokratischen Juristen (LACDJ).

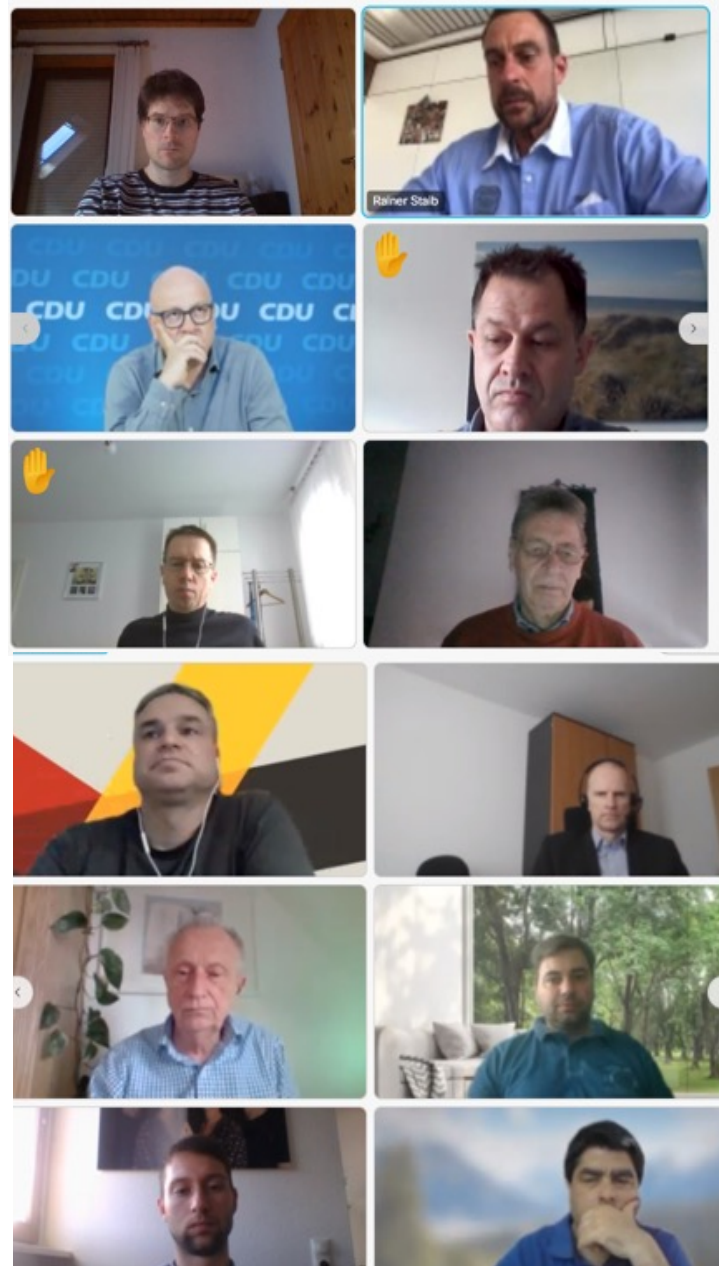
Das bereits länger geplante Thema Migrations-, Flüchtlings- und Asylpolitik erlangte durch den Überfall Russlands auf die Ukraine große aktuelle Bedeutung. Der Landesvorsitzende des LACDJ, Dr. Alexander Ganter, schlug gleich zur Begrüßung vor, dass in der Migrationspolitik stärker europäisch gehandelt werden sollte und bereits an der europäischen Grenze die Menschen registriert werden sollten.

Alexander Throm stellte eingangs einen Überblick über die aktuelle Migrationspolitik der Ampelregierung dar. Der Subsidiaritätsgrundsatz, man müsse möglichst nahe am Geschehen helfen, sei richtig und deshalb sind wir als Europäer bei der Ukraine nun besonders gefragt. Die von der Ampel-Regierung geplanten Vorhaben seien aber kritisch zu sehen. Neben vielen Erleichterungen bei der Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft oder der Anerkennung als Flüchtling und der Erleichterung zur Arbeitsaufnahme sei auch geplant, einen Spurwechsel zu ermöglichen. Ein Spurwechsel bedeutete, dass jemand als Asylsuchender in die „Spur“ der Fachkräftezuwanderung kommen kann. Dies betreffe leider viele Asylantragsteller, die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen über ihre politische Verfolgung und ihre Identität kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben. Bisher sei der Spurwechsel in bestimmten Ausnahmen schon zulässig. So könnten beispielsweise Jüngere eine Ausbildung machen oder gut Integrierte über den Arbeitsmarkt aufgenommen werden. Man müsse auch deutlich sagen, dass die FDP in der Innen-, Sicherheits- und Migrationspolitik kaum bürgerliche Inhalte verfolge, sondern eher im linken Spektrum angesiedelt sei.

Der Landesvorsitzende des Arbeitskreises Polizei Rainer Staib sprach an, dass Bund und Land beim Bevölkerungs- und Katastrophenschutz stärker zusammenarbeiten sollten. Dies unterstützte Bundestagsabgeordneter Throm ausdrücklich und ergänzte, dass neben dem Bevölkerungs- und Katastrophenschutz

nun auch noch der Zivilschutz – also der Schutz vor einem Krieg – dazu kommt. Diese Aufgaben müssen zusammen gedacht werden. Die Aufgaben liegen auch teilweise ähnlich, wie beispielsweise bei der Strom- und Wasserversorgung. „Wir werden besser klären müssen, wer für welche Aufgaben zuständig ist“, so Throm. Nicht alle Bundesländer sind hier gleich stark und gut aufgestellt. Hier sollte auch über eine Grundgesetzänderung nachgedacht werden.

Eine besondere Ehre war die Teilnahme unseres treuen Freundes Josef Müller, der als langjähriger Mitarbeiter auf der Landesgeschäftsstelle seinen beiden Arbeitskreisen auch weiterhin die Treue hält – sogar an seinem Geburtstag. Alle Teilnehmer gratulierten ihm sehr herzlich und wünschen ihm alles Gute für das neue Lebensjahr.



Pressemitteilung des LACDJ vom 2. August 2022
**CDU-Juristen und CDU-Polizisten
im Gespräch mit Staatssekretär
Siegfried Lorek**

Die Landesarbeitskreise Polizei und der christlich-demokratischen Juristen (LACDJ) der CDU Baden-Württemberg trafen sich zum digitalen Austausch mit dem Staatssekretär im baden-württembergischen Ministerium der Justiz und für Migration Siegfried Lorek MdL. In der gemeinsamen Video-konferenz wurden die aktuelle Flüchtlingssituation, insbesondere aus der Ukraine, und die Migrationspolitik besprochen.

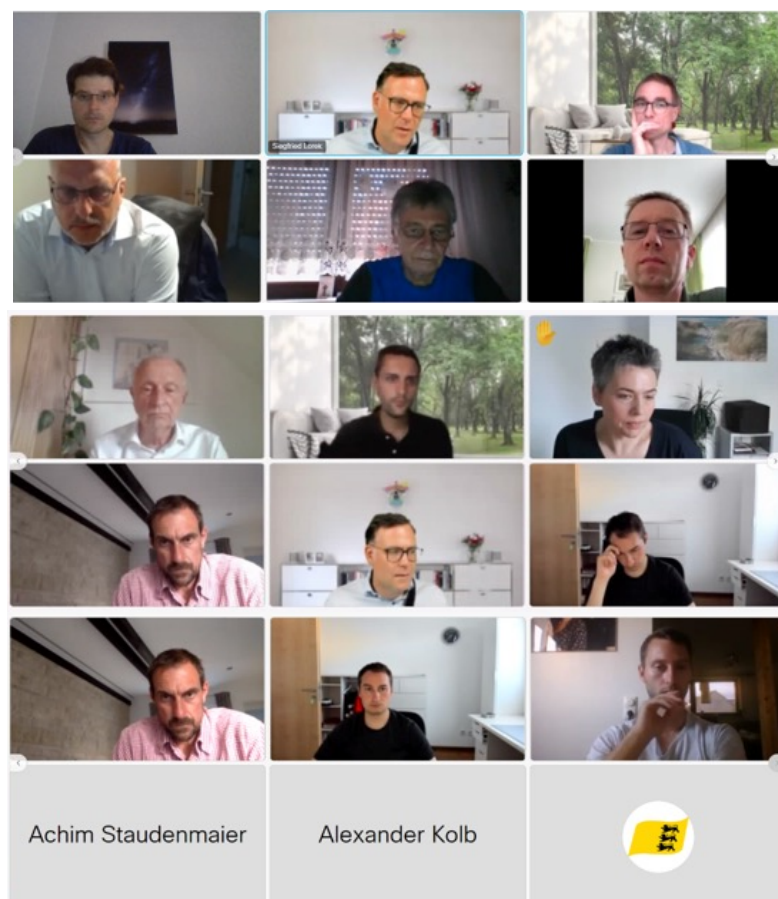
Staatssekretär Lorek gab einen Überblick über die aktuelle Situation; im ersten Halbjahr 2022 kamen bereits mehr Flüchtlinge nach Deutschland als im Jahr 2015. Derzeit kämen etwa nur noch die Hälfte aus der Ukraine. Ein wesentlicher Zuzug sei aus Italien und Griechenland festzustellen. Griechenland erkenne Flüchtlinge schnell an und duldet deren Weiterreise innerhalb Europas, meist nach Deutschland. Die Grenze von Polen nach Belarus sei stabil. Dies sei in den vergangenen Jahren nicht der Fall gewesen. Für Baden-Württemberg gehe man derzeit von einem finanziellen Mehrbedarf aufgrund der Migration i.H.v. 560 Mio Euro aus.

Mehr als die Hälfte der Asylantragsteller geben an, keine Identitätspapiere zu haben. Bei Durchsuchungen würde sich dies aber meist als Falschangabe herausstellen. Hier müsse bereits an der Grenze die Möglichkeit zur Durchsuchung gegeben werden. Die Hälfte der Abschiebungen scheiterte wegen fehlender Identitätspapiere. Deshalb sei auch der Plan der Ampel-Regierung zukünftig die Identität an Eides statt versichern zu lassen, die falsche Richtung.

Problematisch sei ebenfalls, dass Flüchtlinge gleich in den Rechtskreis des ALG 2 eingestuft werden anstelle der Asylbewerberleistungen. Dies führe zu sozialen Spannungen und böte weitere Anreize für den Zuzug nach Deutschland. Viele Menschen haben Angst, durch die Krisen und die steigenden Preise in Armut abzurutschen. Wichtiger als eine Besserstellung der Asylbewerber wäre jetzt ein Inflationsschutz für Grundsicherungsempfänger. Der Landesvorsitzende des LACDJ, Dr. Alexander Ganter fordert: *„Wer diesen Rechtskreiswechsel will, muss auch eine Gegenfinanzierung aufzeigen.“*

Auch das von der Ampel geplante „Chancenaufenthaltsrecht“ würde falsche Anreize setzen. Die Zuwanderung von Fachkräften müsse anders gelöst werden und nicht über Flüchtlingsmigration. Der Arbeitsmarkt zeige, dass Flüchtlinge nicht die gewünschten Qualifikationen haben oder erlangen. Dr. Ganter regte an, über Europa einheitliche Regelungen anzustoßen, die zu mehr Grenzschutz und weniger Binnenmigration führen sollen. Der Landesvorsitzenden des Arbeitskreises Polizei Rainer Staib befürwortete die Anregung und sprach sich auch dafür aus, an den Außengrenzen mehr zu kontrollieren.

Die beiden Landesvorsitzenden, Dr. Alexander Ganter und Rainer Staib, vereinbarten, die verschiedenen Anregungen über die Arbeitskreise weiter zu verfolgen und beispielsweise an den Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Rainer Wieland heranzutragen.



Pressemitteilung des LACDJ vom 15. August 2022

Migrationspolitik der Ampel-Regierung ist sozialer Sprengstoff

Die Sozialleistungen für Geflüchtete aus der Ukraine sind auf die im Asylbewerberleistungsgesetz vorgesehenen Leistungen zu beschränken.

Die Menschen in Deutschland haben Angst, in die Armut abzurutschen. Geringverdiener und alle, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind, kommen infolge der Preissteigerungen in vielen Bereichen schon jetzt nicht mehr über die Runden. Zusätzlich werden die Verbraucher mit einer Abgabe auf Erdgas belastet. Gleichzeitig stuft die Ampel-Regierung, Geflüchtete aus der Ukraine unmittelbar nach ihrer Ankunft in den Rechtskreis des ALG II ein. Die dadurch entstehenden Mehrkosten werden unsere Kinder und Enkel erarbeiten und bezahlen müssen.

Die Sozialleistungen für abgelehnte Asylbewerber sind auf das zulässige Minimum zu beschränken.

In den Niederlanden erhalten abgelehnte Asylbewerber, die ausreisepflichtig sind, nur in einem auf die Rückkehr in den Heimatstaat abzielenden Ausreisezentrum eine Schlafmöglichkeit und ein Frühstück. Einen weitergehenden Anspruch auf staatliche Unterstützung haben ausreisepflichtige Ausländer dort nicht. Dadurch soll ein Anreiz für die freiwillige Ausreise geschaffen werden. In Deutschland bleiben auch Ausreisepflichtige teilweise über viele Jahre im Sozialsystem und fühlen sich dabei sichtlich wohl. Auch diese Kosten werden die nächsten Generationen belasten.

Die EU-Außengrenzen sind besser zu sichern.

Mehr als die Hälfte der Asylantragsteller geben an, keine Identitätspapiere zu haben. Bei diesen scheitert die Abschiebung zunächst wegen fehlender Identitätspapiere. Sie bleiben bis zur Klärung ihrer Identität in Deutschland und beziehen staatliche Leistungen. Der Plan der Ampel-Regierung, zukünftig die Identität an Eides statt versichern zu lassen, würde in all diesen Fällen verhindern, das bestehende Ausreisepflichten durchgesetzt werden können. Durch den weitgehenden Verzicht auf Kontrollen bei der Einreise ist vielmehr mit einem verstärkten Zuzug von islamistischen Gefährdern zu rechnen.

Die Überwachung eines einzigen Gefährders kostet rund 5.000,00 Euro täglich. Auch hierfür haften die nachfolgenden Generationen. Die Vorkehrungen zur Feststellung von Identität und Staatsangehörigkeit der einreisenden Migranten sollte bereits bei der Einreise an den EU-Außengrenzen ansetzen. Dafür besteht aber noch erheblicher Nachbesserungsbedarf bei den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Verordnungen für das Grenzverfahren und für das Grenzverfahren in Instrumentalisierungsfällen. In den Entwürfen der EU-Kommission fehlt es an grundlegenden Vorkehrungen zur Klärung der Staatsangehörigkeit der Migranten, die keinen gültigen Pass mit sich führen. Es sollte mindestens eine Befugnis zur Durchsuchung der Migranten, ihrer mitgeführten Sachen und zur Auswertung der mitgeführten Datenträger vorgesehen werden.

Fachkräfte aus dem Ausland dürfen nur im Rahmen des Zuwanderungsrechts via Visumverfahren nach Deutschland einreisen.

Migranten, die über das Asylrecht nach Deutschland gekommen sind, dürfen nicht über diesen Weg in den Arbeitsmarkt kommen. Dieser Spurwechsel setzt falsche Anreize und ist auch untauglich, um Fachkräfte zu finden. Asylbewerber sind im Regelfall nicht ausreichend qualifiziert, um die benötigten Facharbeiten zu leisten. Die Qualifikation können die meisten auch nicht erwerben. Zuwanderung von Fachkräften muss nach anderen Regeln stattfinden. Hierfür bietet bereits das deutsche Zuwanderungsrecht eines der weltweit liberalsten Systeme. Sofern jedoch die Steuerbelastung in Folge der Maßnahmen der Ampel-Regierung steigt, wird Deutschland für die nächsten Jahrzehnte für Fachkräfte unattraktiv.

Bericht zum Treffen des LACDJ mit dem RCDS am 1. September 2022

Zu einem gemütlichen Feierabendtreff der (angehenden) CDU-Juristen zum Kennenlernen und Austausch trafen sich die Mitglieder des LACDJ und des RCDS. Als besonderen Gast durften Noëlle Drtil, Vorsitzende RCDS, und Dr. Uttam Das, stellvertretender Vorsitzender des LACDJ, Herrn Elmar Steinbacher, den Ministerialdirektor des Ministeriums der Justiz und für Migration Baden-Württemberg, begrüßen. Elmar Steinbacher stellte die Aufgaben des JuM vor und die Möglichkeiten in der Justiz eine Laufbahn zu machen. Die beiden Vorsitzenden stellten die Arbeit in ihrem jeweiligen Verband dar. Neben Herrn Steinbacher waren auch weitere interessante Gesprächspartner aus der Justiz anwesend, so u. a. Prof. Dr. Malte Graßhof, Präsident des Verfassungsgerichtshofs für das Land Baden-Württemberg und Präsident des Verwaltungsgerichts Stuttgart, sowie Dr. Mathias Herr, Richter am BGH.

Bericht über die Videokonferenz am 12. Oktober 2022 mit Lena Düpont

Zahlreiche Mitglieder des AKPol und des LACDJ nahmen an der Videokonferenz mit Lena Düpont, MdEP teil. Frau Düpont ist Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), Viz Koordinatorin der Fraktion für den Innenausschuss, Vorsitzende des Frontex-Kontrollgremiums (Frontex Scrutiny Working Group) sowie innen- und migrationspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe.

Die in der Begrüßung von Dr. Alexander Ganter geäußerte Hoffnung auf Hilfe durch die EU machte Lena Düpont gleich zu Beginn der Diskussion zunichte. Die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament entsprechen im Wesentlichen den Verhältnissen in Deutschland.

Deutschland ist der einzige Mitgliedstaat in der EU mit einer massiven Häufung von Pullfaktoren.

Das sind unter anderem:

- Bargeldauszahlung, die in dem Umfang kein anderer Mitgliedstaat vornimmt



- Höhe der Beträge für vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer ohne Schutzberechtigung (in missverständlicher Interpretation der Rechtsprechung des BVerfG)

- keine wirksamen Sanktionen im Asylbewerberleistungsgesetz (gerade für die Dublin-Fälle, haben die von der großen Koalition normierten Sanktionen keinen realistischen Anwendungsbereich)

- geringe Anzahl von Dublin-Überstellungen in andere Mitgliedstaaten

Dazu kommt das Chancenaufenthaltsrecht, die Abschaffung von Sanktionen beim Bezug von Sozialhilfe sowie die von der Ampel-Regierung geplante Möglichkeit, seine Identität durch eine eidesstattliche Versicherung verbindlich anzugeben.

Man war sich einig, dass vor dem Hintergrund der derzeitigen Migrationsbewegungen ein besserer Schutz der Außengrenzen notwendig ist. Der völkerrechtlich zulässige Schutz der EU-Außengrenzen findet derzeit lediglich sehr lückenhaft statt. Frau Düpont betonte jedoch auch, dass jeder in einem Mitgliedstaat gesetzte Pullfaktor, wie hohe Sozialhilfezahlungen, Legalisierungen illegaler Aufenthalte (z.B. Chancenaufenthaltsrecht, Entscheidungen der Härtefallkommission) den Migrationsdruck an den EU-Außengrenzen erhöht. Der bessere Grenzschutz kann allerdings nicht allein durch eine personelle Aufstockung von Frontex erreicht werden. Frontex kann nicht eigenständig an den Grenzen der Länder agieren. Der eigentliche Grenzschutz fällt derzeit noch unter die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, die Agentur kann nur für ein gemeinsames Management der Außengrenzen sorgen und nationale Grenzschutzeinheiten bei Bedarf unterstützen. Lena Düpont sprach sich deshalb für eine bessere finanzielle Unterstützung der Mitgliedstaaten beim Grenzschutz aus. Auch Zentren an den Außengrenzen könnten zu einer besseren Kontrolle und einem schnelleren Asylverfahren beitragen.

Das von Dänemark, Österreich und Großbritannien zeitweise praktizierte bzw. geplante Modell von Offshore-Einrichtungen, also der Durchführung der Asylverfahren und der Schutzgewährung außerhalb der Landesgrenzen, könnte mittelfristig eine Option sein, den Druck von den EU-Außengrenzen zu nehmen, da es völkerrechtlich keinen Anspruch darauf gibt, den Schutz vor Verfolgung

auch in einem bestimmten Land zu erhalten. Sofern ein nordafrikanisches Land entsprechende Standards einhält, könnte dort Schutz gewährt werden.

Lena Düpont hat sich daher für eine bessere Unterstützung der Mitgliedstaaten bei Rückführungsabkommen mit den Herkunftsländern der Migranten ausgesprochen. Hierbei sollte die Hilfe, die bereits in diese Länder fließt, von der Kooperation der Staaten bei der Rückübernahme ihrer eigenen Staatsangehörigen abhängig gemacht werden. *„Wer Unterstützung bekommt, muss auch etwas leisten und wer nichts leistet, bekommt auch keine Unterstützung.“*

Erforderlich ist somit ein kohärentes Handeln auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten, das außenpolitische, migrationspolitische und entwicklungspolitische Aspekte ganzheitlich betrachtet und eine Verknüpfung beispielsweise Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungshilfeinteressen mit den Fragestellungen einer konsequenten Rückübernahme von Ausreisepflichtigen in ihre Heimatländer herstellt.

27. Oktober 2022

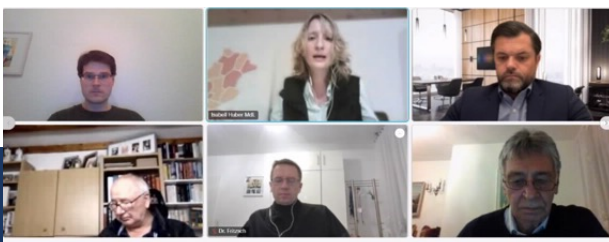
Generalsekretärin der CDU Baden-Württemberg, Isabell Huber MdL, im Gespräch mit den CDU-Juristen

Die CDU Baden-Württemberg hat nach der Bundestagswahl einen Erneuerungsprozess eingeleitet und am vergangenen Landesparteitag, etwa ein Jahr später, hierzu ein umfassendes Arbeitsprogramm verabschiedet. Die Generalsekretärin der CDU Baden-Württemberg, Isabell Huber MdL, hat diesen Prozess geleitet und berichtete bei der gemeinsamen Telefon- und Videokonferenz zweier Arbeitskreise der CDU Baden-Württemberg, des Arbeitskreises Polizei und des Landesarbeitskreises der christlich-demokratischen Juristen (LACDJ) über den aktuellen Stand dazu.

Isabell Huber berichtete über die Stärkung der Beteiligung der Mitglieder beispielweise über die Öffnung der Landesfachausschüsse und Beteiligung durch Umfragen. Weiter sollen auch die Themen durch Kacheln und Medienvorlagen in den Sozialen Medien und auch für die Lokalzeitungen in die Breite der Bevölkerung getragen werden. Zudem sollen auch verstärkt Schulungen für die Mitglieder angeboten werden. Hier regte auch der Landesvorsitzende des LACDJ Dr. Alexander Ganter an, dass auch der LACDJ in der CDU besser wahrnehmbar gemacht werden könnte. Isabell Huber bietet gerne den direkten Draht in den Landesvorstand an, um dort Themen von den Arbeitskreisen aufzugreifen.

Weiter nahm auch der Landtagsabgeordnete Matthias Miller teil, der als Mitglied im Innenausschuss des Landtags die Themen der beiden Arbeitskreise gut aufgreifen kann. So diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer weiter über die aktuelle schwierige Situation wegen der hohen Flüchtlingszahlen. Hier setze insbesondere das neu gestaltete Bürgergeld falsche Anreize.

Wer Interesse hat an Themen der Justiz- und Innenpolitik, mitzumachen ist herzlich eingeladen – bitte kurze Nachricht an: ganter@lacdj-bw.de



8. Dezember 2022

Fraktionsvorsitzender Manuel Hagel MdL im Gespräch mit den CDU-Juristen

Bei einer gemeinsamen Telefon- und Videokonferenz der beiden Arbeitskreise der CDU Baden-Württemberg, dem Arbeitskreis Polizei und dem Landesarbeitskreis der christlich-demokratischen Juristen (LACDJ) war der Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag von Baden-Württemberg, Manuel Hagel MdL zum Jahresabschluss zu Gast. Der Landesvorsitzende des LACDJ Dr. Alexander Ganter begrüßte und führte in die aktuellen Fragen und den Ausblick der Landespolitik ein.

Fraktionsvorsitzender Manuel Hagel berichtete zu den aktuellen Themen in der Innen- und Justizpolitik. Die Justiz werde stark unterstützt bei der personellen Ausstattung und auf dem Wege der Digitalisierung. So sei beispielsweise ein Cybercrime-Zentrum für die Justiz geplant. Weiter sei die Migration eine enorme Herausforderung. Im aktuellen Jahr seien 168.000 Menschen nach Baden-Württemberg gekommen – mehr als 2015. Davon waren 141.000 aus der Ukraine. Der Zustrom aus der Ukraine nehme ab; von täglich 260 Flüchtlingen seien derzeit noch etwa 70 aus der Ukraine. Man müsse aufpassen, dass die Stimmung im Land nicht kippt. Gerade vor Ort gebe es viele Schwierigkeiten, insbesondere die Unterbringungen vor Ort. Die Gewährung von Arbeitslosengeld II für die Ukrainer sei ein zusätzlicher Pull-Faktor und setze falsche Signale. Manuel Hagel wolle nicht nur das tun, was gut ankommt, sondern das tun, was richtig ist. So sei es auch notwendig, konsequenter abzuschieben.

Die aktuellen Pläne der Bundesregierung zum Staatsbürgerschaftsrecht lehne er ab. Bereits nach 3 Jahren Duldung auf Probe einzubürgern sei der falsche Weg. Die Vergabe der Staatsbürgerschaft sei am Ende der Integration zu erteilen und nicht zu behandeln wie „fast food“.

Zum Abschluss wünschten Manuel Hagel und Dr. Alexander Ganter besinnliche Weihnachtstage und ein glückliches neues Jahr.



Pressemitteilung des LACDJ vom
8. Dezember 2022

„Deutscher Pass kein Dokument zur frühzeitigen und freihändigen Vergabe“ – Regierungspläne erweisen Integration keinen Dienst

Aktuell sorgen die Pläne der Bundesregierung in Berlin für Unruhe. Diese plant eine sog. Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts und will dabei insbesondere verschiedene Voraussetzungen für die Einbürgerung – also den Erhalt des deutschen Passes – absenken. Der LACDJ - Vorstand Baden-Württemberg lehnt diese Pläne ab. „Wir sind klar für Integration und später für Einbürgerung, wenn Menschen langjährig hier leben, sich eigenverantwortlich einbringen, sich sprachlich und rechtlich einfügen. Wir haben bereits ein modernes Einbürgerungsrecht, das in den letzten Jahrzehnten mehrfach grundlegend angepasst wurde. Mit dem Rechtsanspruch auf Einbürgerung bei Vorliegen der Voraussetzungen liegt - weltweit gesehen – eine besondere Privilegierung vor,“ verweist der Landesvorstand der CDU-Juristen auf das bereits erreichte.

Für eine erneute Reform des Staatsangehörigkeitsrechts sehe man aber keinen Bedarf. Denn nach aktuell geltendem Recht erhalten Ausländer regelmäßig nach acht Jahren, bei besonderen Integrationsleistungen (z.B. gute Sprachkenntnisse, besonders gute schulische oder berufliche Leistungen, bürgerschaftliches Engagement) bereits nach sechs Jahren den deutschen Pass.

Daneben vermissen die Juristen eine Regelung für die Ausländer, deren Identität nicht objektiv geklärt ist. Die geplante „Versicherung an Eides statt“ zu persönlichen Angaben ist nicht überprüfbar. Damit bleibt es offen, wie verhindert werden kann, dass mit falschen Angaben Aufenthaltsrechte erschlichen werden, wenn man nicht mitwirkt. „Erst nicht mitwirken bei den persönlichen Angaben, dann aber nach wenigen Jahren bereits einbürgern in die Verantwortungsgemeinschaft der Bundesrepublik? Das passt nicht zusammen. Fünf oder gar drei Jahre Aufenthalt bis zur Einbürgerung halten wir für zu wenig. Die Einbürgerung steht am Ende eines erfolgreichen, auf Dauer angelegten Integrationsprozesses – und nicht am Anfang. Mit der deutschen Staatsangehörigkeit sind grundlegende

Rechte in unserem demokratischen Gemeinwesen und das stärkste Aufenthaltsrecht verbunden. Denn diese kann grundsätzlich nicht wieder entzogen werden“, so das CDU-Juristen-Gremium unter Vorsitz des früheren Strafrichters Dr. Alexander Ganter auch mit Blick auf militante Extremismus- und Terrorismusfälle sowie auf Spitzel aus anderen Ländern wie etwa China.

LACDJ -Vorstandsmitglied Dr. Uttam Das ergänzt diese klare Ablehnung: „Integration ist in einem mittlerweile zum Zuwanderungsland gewordenen Staat wie Deutschland sehr wichtig. Nur mit gelungener Integration halten wir unsere Gesellschaft mit über 12 Mio. Ausländern und über 22 Mio. Menschen mit sog. Migrationshintergrund zusammen. Der deutsche Pass soll Ansporn für Integrationsleistung sein, allerdings kein Dokument zur frühzeitigen und freihändigen Vergabe werden. Deshalb ist es richtig, bei der Einbürgerung mit Augenmaß und etwas Ausdauer vorzugehen. Die deutsche Staatsangehörigkeit hat bereits durch die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit an Wert verloren. Sie darf nicht noch mehr verwässert werden,“ gibt sich der stv. Vorsitzende Uttam Das, der vor über 40 Jahren eingebürgert wurde, abschließend besorgt.

Impressum

Verantwortlich:
Dr. Alexander Ganter
Landesvorsitzender LACDJ

Redaktion:
Dr. Jens Hofmann
josef.mueller@cdu-bw.de

Herausgeber:
Landesarbeitskreis
Christlich-Demokratischer
Juristen
(LACDJ) der CDU
Baden-Württemberg

Heilbronnerstr. 43
70191 Stuttgart
Telefon 0711 66904-32
Telefax 0711 66904-15

